

## .. mit BESSER LEBEN initiativ in eine neue Zeit .

- 1970 Ein kleiner Ort an der Donau, still, aber vital: Ein Donaukraftwerk wird gebaut werden ... Die Gemeinde informiert ... dann wird verhandelt ... es soll eine Attraktion werden. 1975 Der Altarm ein Bade,- Segel,- und Sportparadies ... ein Fischerparadies ... Spazierwege zum Kraftwerk, die Gastronomie wird 1976 aufblühen.
- 1972 Das Verhandeln ist vorbei. Ein Rechtsanwalt stellt Forderungen, die DoKW stellt sich darauf ein: Der Zustand des Gebietes darf sich nicht verschlechtern, der Charakter der Landschaft muß erhalten bleiben.
- 1973 Ab jetzt wird gerodet, gebaggert, Tag und Nacht heulen die Motoren,

- hunderttausende Kubikmeter Beton werden verarbeitet, Millionen Kubikmeter Erdreich werden bewegt.
- 1975 Die ersten Brunnen versiegen. Noch läßt die DoKW anstandslos nachgraben. Die ersten Bäume im Ort vertrocknen . . .
- 1976 Das letzte Schiff fährt an Altenwörth vorüber. Das neue Donaubett liegt nun mehrere hundert Meter weiter südlich. Die Ufer im Altarmbereich werden ausgestaltet: reihenweise Pappeln. Das Ortsufer bekommt ortsfremdes exotisches Ziergehölz verpaßt.
- 979 In der Au werden die ersten Stellen sichtbar, an denen auch junge Bäume plötzlich verdorren ...



Urwald, Feuchtbiotop, Naturreservat, Landschaftsschutzgebiet: das sind die letzten Donauauen und das sollen sie auch bleiben.

## Altenwörth:

## Wie von einer Dampfwalze überrollt

"Wie von einer Dampfwalze überrollt"

So urteilen Anrainer von Altenwörth über die Verhandlungen mit der DoKW. Ein Lokalaugenschein entlang des Stauraumes ergab interessante Details.

Die Langzeitfolgen des Kraftwerksbaues an der Donau bei Altenwörth sind mittlerweile noch immer nicht genau abzusehen. Besonders beunruhigend sind die Informationen über ein großflächiges Waldsterben am nördlichen Donauufer, dem bislang an die 100 Hektar Auwald zum Opfer gefallen sind. Weitere 100 Hektar weisen schwerste Beeinträchtigungen auf. Und auf ganzen 1000 (I) Hektar sind bereits die ersten Symptome einsetzenden Verfalls festzustellen, Blattwelke, Blattabfall.

Die Ursache: Trockenschaden. (Bezogen auf den Stand Herbst 1983)

Die Bewohner der Anrainergemeinden erzählen offen von den Mißständen, die Bürgermeister hingegen geben sich verschlossener und mißtrauischer. Man merkt, daß hier Angst im Spiel ist, Angst um die persönliche und politische Stellung. Angst, ob und wie die gemachten Aussagen verwertet werden. Noch immer dauern Prozesse mit der DoKW an, auch dahingehend reißen die Schwierigkeiten nicht ab. Aber auch die Bürgermeister erzählen, jedoch erst, nachdem man ihnen Anonymität zubilligt.

Das weitläufige Waldsterben entlang des Altenwörther Stausees wird nicht dementiert. Es ist eine Tatsache. Die Au ist ihrer notwendigen Lebensgrundlagen beraubt: der hochanstehende Grundwasserspiegel fehlt ebenso wie die regelmäßigen Überschwemmungen.

Die von der DoKW installierten Überströmstrecken funktionieren nicht. Einmal, 1981 sprach das System massiv an, dann jedoch derart stark, daß Teile der Bewässerungsanlage dem Druck der Überschwemmung nicht standhielten, und das Umland überflutet wurde. Es folgte eine Kette von Prozessen.

Und wie ist die Grundwassersituation zu beurteilen? Schlecht. Der Grundwasserspiegel sinkt ständig. "Und des kann man sicher net nur allein mit dem trockenen Sommer begründen." So ein Bewohner von Altenwörth. Die Nutzwasserbrunnen mußte man nachbohren lassen. Das Trinkwasser kommt zum Glück von woanders her, aus dem Norden, von Wagram.

In Mautern hatte man dieses Glück nicht. Die Brunnen wiesen Mangan und Verunreinigungen durch Schwebstoffe auf. Die DoKW war bereit, die Kosten für das bohren neuer Brunnen zu übernehmen. Eine Wasseraufbereitungsanlage wollte sie jedoch nicht bezahlen.

Interessant ist auch die Antwort auf die frage welche Vorteile denn der Kraftwerksbau für die Gemeinden an der Donau gebracht hätte. Vorteile? Ja — einige wenige, und das auch nur für kurze Zeit: Während der Bauzeit waren die Gastbetriebe der Umgebung stark frequentiert. Einige Einwohner der Anrainergemeinden wurden für die Dauer der Errichtung als Hilfsarbeiter eingestellt.

Ein Bewohner der Ortschaft Grafenwörth: "I glaub' einer is heute noch am Kraftwerk beschäftigt."

Und wie hoch waren die steuerlichen Einnahmen der Gemeindekassa. Ein Bürgermeister: "Nicht sehr bedeutend. Sie dürfen dabei auch nicht vergessen, daß die Strafe der Gemeinde durch die schweren Baufahrzeuge stark in Mitleidenschaft gezogen wurden."

Auch die großangelegten fremdenverkehrswirtschaftlichen Pläne klappten nicht so ganz wie vorgesehen. So mußte zum Beispiel die Errichtung einer Freizeitanlage mit Campingplatz am Strand von Altenwörth bereits im Planungsstadium verworfen werden. Wahrscheinlich läßt das vermeintliche Badeparadies oftmals zu wünschen übrig. Und das sicher nicht nur in landschaftlicher Hinsicht. Das Wasser ist nicht besonders sauber, veralgt, manchmal sogar von Schaumkronen bedeckt.

Wie ein roter Faden zieht sich eine Bemerkung durch alle Gespräche: "Wir haben als Anrainer überhaupt ka Chance g'habt. Viele unserer Wünsche sind nicht berücksichtigt worden. Wir sind wie von einer Dampfwalze überrollt worden!"

Und was ist es, daß die Einwohner der Gemeinden persönlich besonders stört? Fast durchwegs wurde genannt, daß der "Bezug zur Donau völlig verlorengegangen ist". Der Strom ist keiner mehr, die Donau ist ein stehendes Gewässer, viele Meter über dem Niveau der Umgebung in ein kahles Bett gezwängt, verborgen hinter gewaltigen Dämmen. Keine natürlichen Ufer mehr, solche wären bei derartigen Verhältnissen auch gar nicht möglich. Der Kontakt zwischen dem Land und dem Strom ist für immer unterbrochen.

Auf die Frage, wie er denn das Kraftwerk Altenwörth gegenüber anderen Staustufen einschätzen würde, gab der Bürgermeister einer Gemeinde westlich von Altenwörth eine bezeichnende Antwort: "Altenwörth ist noch das beste von den schlechten Donaukraftwerken."

1983: Einige Brunnen in der Umgebung der Baustelle von Greifenstein geben stark verschmutztes Wasser. Man ist gezwungen nachzubohren, die Beziehungen zur DoKW sind dementsprechend schlecht. Der Anfang einer neuen Kette von Schwierigkeiten? MR & JG

## Rechtsstaat in Gefahr!

Es ist keine Frage, daß der Strom aus dem geplanten Donaukraftwerk Hainburg derzeit nicht gebraucht wird. Das bestätigte auch Walter Fremuth, Generaldirektor des Verbundkonzernes, mit dem Hinweis, er hoffe aber auf einen Konjunkturaufschwung, der mit erhöhtem Stromverbrauch verbunden wäre. Daß seit dem Ölschock Mitte der 70er Jahre eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch stattgefunden hat, übersieht Fremuth dabei gerne.

Dennoch beschloß auch Landwirtschaftsminister Haiden im Dezember, daß der "beschleunigte Ausbau" der Donau bei Hainburg aufgrund des Strombedarfs unbedingt jetzt notwendig sei, und erklärte somit das Donaukraftwerk Hainburg zum "bevorzugten Wasserbau", obwohl diese Erklärung unter diesen Umständen (mangelnder Energiebedarf) rechtlich nicht zulässig ist. Jedenfalls bewirkte Haiden mit seiner Erklärung, daß die DoKW alle damit verbundenen rechtlichen Privilegien erhalten hat, um den Kraftwerksbau nötigenfalls auch gegen verfassungsrechtlich geschützte Rechte der Bürger durchzusetzen.

Tatsächlich kann für den Kraftwerksbau zwangsweise enteignet, Grundwasser entzogen oder verschlechtert werden, soweit sich dies als Folge der Planung des Kraftwerksbaues ergibt. Für die DoKW besteht keine rechtliche Verpflichtung mehr, mit ihrer Planung und dem Bau auf die betroffenen Bürgerrechte Rücksicht zu nehmen. Schadenersatz braucht die DoKW nur nach den Richtlinien der Ständevertretungen zahlen. Die Betroffenen werden ihren Schaden nachweisen müssen gelingt dies nicht, gibt es keinen ersatzanspruch.

Wie sich aber bei anderen Kraftwerksbauten an der Donau gezeigt hat, treten Schäden oft erst viele Jahre nach dem Bau auf, insbesondere beim Grundwasser, was aber im ohnedies sehr trockenen Marchfeld fatale Auswirkungen hätte: Mit verseuchtem Grundwasser kann man keine felder bewässern, dann wird die Kornkammer Österreichs zur Trockenkammer!

#### Feudalrecht für die DoKW

Auch wenn die DoKW wider Erwarten ihre privilegierte Stellung nicht voll nutzen sollte, werden durch die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau doch die betroffenen Bürger zu Bittstellern bei der DoKW und den Behörden degradiert, weil sie nur noch um die Schonung ihrer Rechte bitten können. Dabei fühlen sich viele zu menschenunwürdigem Wohlverhalten gegenüber der DoKW gezwungen, in der Hoffnung, damit den ärgsten Nachteilen entgehen zu können. Diese Situation ist eine Schande für einen demokratischen Rechtsstaat. Erinnert es doch an das Mittelalter, in dem die entrechteten Leibeigenen ihren Grundherrn manchmal die Bitte um Schonung Ihrer Felder vortragen

Gehen wir also der Frage nach, wieso so etwas auch heute noch möglich ist.

In einmütiger Geschlossenheit fordern der ÖGB und die anderen Ständevertretungen — wie einst beim Atomkraftwerk Zwentendorf — schon lange den Bau des Kraftwerkes Hainburg. Dieser Druck führte in der Regierungserklärung zur Verpflichtung, diesen (Fortsetzung Seite 4)

## Lokalaugenschein in Greifenstein

Samstag, 26.2.1984. Wir fahren nach Greifenstein um herauszufinden, wie die DoKW ihre Versprechungen einhält.

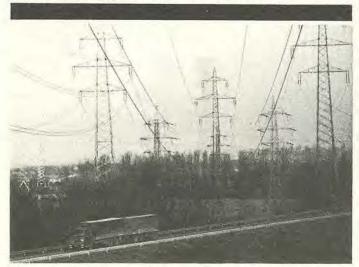
Der Portier am Eingang der Kraftwersbaustelle zeigt sich freundlich und läßt uns passieren. Die Größe der Baulandschaft ist beeindruckend. Sow eit das Auge reicht, nur Steinhalden und Schotterberge.

Leicht angeschlagen vom Besuch des "Au-Friedhofes" machen wir uns auf den Weg zu einem Gasthaus in St. Andrä-Wördern. Dabei fallen uns immer wieder Plakate von Brunnenbaufirmen auf, die ihre Dienste anbieten.

Im Gasthaus fragen wir die Wirtin nach der versprochenen wirtschaftlichen Belebung: "Von mehr Geschäft keine Rede. Die Bauarbeiter geben ihr Geld zu Hause aus" ist ihre knappe Antwort. Auf unsere Frage nach dem Grundwasser erzählt uns eine ortsansässige Frau, daß der Grundwasserspiegel innerhalb weniger Tage drastisch abgesunken sei. Sie müsse nun auf eigene Kosten ihren Brunnen sanieren lassen...

# Warum "Hainburg" nicht gebaut wird

Vorsorglich hatte Landwirtschaftsminister Haiden in den Morgennachrichten des 18. November 1983 verlautbaren lassen, daß er seine Entscheidung über das Donau-Kraftwerk Hainburg frühestens in 14 Tagen treffen werde. Als ich dann zwei Stunden später zu seiner Pressekonferenz über das Waldsterben ging, traute ich meinen Augen nicht: der "Club Concordia" wurde von der Staatspolizei bewacht! Da wußte ich, daß es wieder einmal so weit ist.



Wollt Ihr den totalen Strom? Autobahnauffahrt unter Hochspannungsleitungen am Rande der ehemaligen Stockerauer Au.

Donauauen gerettet! Minister gibt keine Rodungsbewilligung – Landwirtschaftsminister Haiden erklärte Freitag, er werde der DoKW für ihren Kraftwerksbau in der Stopfenreuther Au keine Rodungsbewilligung erteilen (KURIER 13. 6. 1981).

Eineinhalb Jahre später suchte Minister Haiden plötzlich bei einem Gesetz Zuflucht, das seine Wurzeln im Kriegsrecht der Donaumonarchie hat und erklärt das Kraftwerk Hainburg zum "bevorzugten Wasserbau". Und dies ohne ausreichende Begründung, ohne Abwarten der von ihm selbst in Auftrag gegebenen Gutachten und ohne Berücksichtigung schwerwiegender Einsprüche von Wien und Niederösterreich.

Kurz darauf folgt ein gleichlautender Regierungsbeschluß und ein gleichlautender Beschluß der Sozialpartner. Welch ein Zufall! Warum soll Hainburg eigentlich nicht gebaut werden?

#### Weil es unser Trinkwasser gefährden würde

Nicht umsonst hat Wien gegen die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau protestiert. Im Gemeinderat hatte Umweltstadtrat Peter Schieder erklärt, daß durch den Stau negative Auswirkungen auf das Grundwasserwerk Lobau zu befürchten sind. Dieses Werk liefert ein Drittel des Trinkwassers der Wiener Haushalte.

Bürgermeister Gratz: "Wir haben darüber noch immer keinerlei Unterlagen erhalten. Ich fordere die DoKW auf, jetzt endlich alle Karten aufzudekken!" Aber nicht nur die Wiener dürfen um ihr Trinkwasser zittern. Die Marktgemeinde Orth an der Donau hat aus demselben Grund ihre Rechtsanwälte eingeschaltet,

um die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau anzufechten. "Es sind Nitrat-, Manganund Eisenanreicherungen zu befürchten", bangen die Gemeindeväter von Orth.

Nicht zuletzt sind aber auch die Heilquellen von Bad Deutsch-Altenburg ernsthaft in Gefahr. Nach Auffassung von Professor Michael Schuch, der jahrelang Landeshydrologe von Niederösterreich war und rund um Deutsch-Altenburg hundert Probebohrungen durchgeführt hat, käme es bei einem Aufstauen der Donau entweder zu einem versiegen der Quelle oder zu einer unzulässigen Verdünnung.

Daher müssen rechtzeitig alle Gutachten darüber offengelegt und strittige Fragen geklärt werden. "Für die Ärzte hat die Erhaltung der Heilquellen Vorrang" versichert Dr. Erwin Rasinger, der Umweltschutzreferent der österreichischen Ärztekammer. Ein Ende der Heilquellen und damit des Kurortes Bad Deutsch-Altenburg wäre unverantwortlich und eine einmalige internationale Blamage.

#### Weil damit die letzten Donauauen zubetoniert würden

"Ich werde das Roden der Auen nicht zulassen" beteuerte Gesundheitsminister Steyrer im Juni 1981. Damals glaubten noch alle – einschließlich mir selber –, daß es eine sogenannte "Schonvariante" gibt. Inzwischen liegen die Untersuchungen der verschiedenen Standortsvarianten längst vor:

Die von der DoKW favorisierte Variante deckt sich genau (so ein Zufall) mit dem ursprünglich von der DoKW angestrebten Standort (der eine maximale Energieausbeute gewährleistet) – mit einem Unterschied: bei der jetzt aktuellen Variante würde noch mehr Auwald zerstört werden.

Die geologischen Untersuchungen offenbarten nämlich eine poröse Kalkzunge, die als Ausläufer des Hundsheimer Kogels unterhalb Deutsch-Altenburgs bis unter die Donausohle reicht. Um dieser Kalkzunge auszuweichen soll die Donau in ihrer ganzen Breite in das linksufrige Augebiet verschwenkt werden und in einem 6 km langen Durchstich quer durch die ökologisch wertvollsten Augebiete, dem Herzstück des geplanten Nationalparks Ost, geführt werden!!! Die DoKW gibt den Gesamtflächenbedarf dieser "ökologisch und ökonomisch optimierten" Variante (DoKW-Dir. Kobilka) mit 502 ha an, so groß ist aber allein schon die vom neuen Donaubett und Kraftwerksbauten bedeckte Fläche. Zusätzlich werden noch 600 bis 700 ha Auwald für Aufschüttungen, Baugelände und für die Rodungsstreifen entlang der 25 km langen Dämme (!) benötigt. Nicht miteingerechnet sind die breiten Zufahrtsstraßen, sowie sonstige infrastrukturelle Flächen - der wirkliche Gesamtflächenbedarf dürfte daher bei 12 bis 14 km² lie-

Diese Variante zerstört 50% der wertvollsten Augebiete zwischen Wien und der Staatsgrenze, trennt den gesamten Rest der Auwälder von der Donau ab und gibt ihn der langsamen Austrocknung preis, gefährdet durch die im Unterwasser zu erwartenden

Grundwasserabsenkungen das Vogelparadies der Marchmündung, vernichtet für immer 50 km noch halbwegs natürlicher Uferlinie und degradiert jede Art von Nationalparkplanung zu einem Fetzen Papier.

Das Gleiche gilt für die Varianten Stopfenreuth, Petronell und Schwalbeninsel. Bei all diesen Varianten wäre eine Verlegung der Donau in das linksufrige Augebiet notwendig, verbunden mit einem noch längeren Durchstich (9 bis 10 km) und einer künstlichen Absenkung der Donau im Unterwasser von fast 5 m (!).

Bei jeder Standortvariante ergäben sich katastrophale Auswirkungen auf den Auwald, der sogenannte Kompromiß zwischen Ökonomie und Ökologie, das gleichzeitige Ja zu Auenschutz und Kraftwerksbau entpuppt sich als ein Ding der Unmöglichkeit



"Er kann die Regierungserklärung nicht zurücknehmen – das ist sein Problem!" (Bernd Lötsch über Umweltschutzminister Kurt Steyrer).

Die angebliche Eintiefung der Donau, die durch den Kraftwerksbau gestoppt werden soll, stellt für Professor Schuch rein theoretische, kaum meßbare Werte dar. Für einen Teil des Donauabschnitts mögen sie stimmen, für andere Teile nicht. Andere Experten behaupten sogar, daß es im Gebiet Hainburg zu Auflandungen kommt, das Strombauamt konnte für den aktuellen Zeitraum, über den Daten vorliegen (1966 bis 1976) keine Eintiefung feststellen.

Auch die von den Befürwortern des Kraftwerks stets ins Treffen geführte Aussicht, den Kraftwerksbau durch könnte sich die triste Grundwassersituation im Marchfeld verbessern, hält der Wiener Professor für schlichtweg unzutreffend. Der sinkende Grundwasserspiegel Marchfeldes ist vielmehr auf zwei regenarme Jahrzehnte, extensive Landwirtschaft und ungeheure Grundwasserentnahmen zwecks Felderbewässerung (14 bis 20 Mio. m³ pro Jahr) zurückzuführen. Selbst wenn eine geringfügige Eintiefung stattfände, wäre es wohl Sohlensicherungsbesser. maßnahmen durchzuführen als den Strom vom Grundwasser und der Au abzutrennen und das Strombett im Unterwasser noch dazu um 1.6 bzw 5 m abzusenken, wie es der Kraftwerksplan vorsieht.

Trotz rückläufigem Gesamtenergieverbrauch und nun auch sinkendem Stromverbrauch baut die E-Wirtschaft immer neue Kraftwerke, obwohl die bereits bestehenden und voll



Er trägt die Hauptverantwortung für die Erhaltung des Landschaftsschutzgebietes an der Donau: Landeshauptmann Siegfried Ludwig.

funktionstüchtigen Kraftwerke nur zum Teil ausgelastet sind. Und mit jedem neuen

#### Weil der Strompreis dann noch höher klettern würde

Kraftwerk steigen die Überkapazitäten und damit der Strompreis. Selbst Verbund-General Walter Fremuth gab anläßlich einer Podiumsdiskussion im Audimax der Wiener Wirtschaftsuniversität zu, daß Hainburg im Hinblick auf die Elektrizitätsversorgung durchaus entbehrlich sei. Sein Nachsatz: "Wir werden es Brauchen, wenn ein konjunktureller Aufschwung kommt" ging im Gelächter des Publikums unter.

Zur Zeit sind weitere Kraftwerke mit einer Gesamtkapazität von ca. 2500 MW in Bau, die bis 1990 alle in Betrieb sein werden. Mehr als die Hälfte dieser zusätzlichen

#### Offener Brief an Minister Steyrer

Aufrichtig geschätzter Herr Bundesminister! Etliche Jahre sind Sie nun schon Minister für Gesundheit und Umweltschutz. Und trotz bescheidenster Kompetenzen und Resourcen haben Sie einige bedeutende Erfolge für die Gesundheit und Umwelt der Österreicher errungen. Was uns aber noch bemerkenswerter erscheint, ist Ihre, für einen Politiker ungewöhnlich hohe Ethik!

Mit der einstimmigen Entscheidung des Ministerrates über den Bau des Kraftwerkes Hainburg hat sich die Situation allerdings sehr zu Ihrem Nachteil verändert:

Sie sind um die Hälfte "kleiner" geworden.

Wir — das sind zweifellos hunderttausende Österreicher — empfinden dies außerordentlich schmerzlich mit. Denn wir wissen, sehr geehrter Herr Minister, daß Sie vor allem aus Loyalität gegenüber Ihrer "Mutter", der SPÖ für den Kraftwerksbau gestimmt haben.

Wir glauben aber, daß Ihre Loyalität gegenüber der Natur — unser aller Mutter — noch höher sein müßte. Und wenn Sie Ihren Auftrag als Gesundheits- und Umweltminister wirklich ernst nehmen, werden Sie die nächstbeste Gelegenheit ergreifen, um Ihr gutes Gewissen wieder zu erlangen.

Dies wünscht Ihnen von Herzen die "Arge Besser Leben"

#### Die Wasserqualität

...der Donau unterhalb Wiens wurde neuerlich geprüft — unter notarieller Aufsicht: das Wasser enthält u. a. schon jetzt das 120fache (!) an Koli-Bakterien des in Badegewässern erläubten Maximums.

#### Unsere Energie abhängigkeit

...vom Ausland würde sich im Falle der Errichtung des Kraftwerkes Hainburg um ganze 0,4 % verringern...

#### Keine Vollmacht

...für die DokW zur Vertretung im Naturschutzverfahren geben die Gemeinden Orth an der Donau und Eckartsau. Ihnen stielt die "Aktionsgemeinschaft" kostenlose Gutachter zur Verfügung.

#### Gar nicht rechtskräftig

...kann die vielzitierte Erklärung Hainburgs zum "bevorzugten Wasserbau" werden, wenn das NÖ Naturschutzgesetz nicht vergewaltigt wird. Wozu also die voreilige Bevorzugungserklärung 2 Sollte damit vielleicht nur der Eindruck erweckt werden, daß die endgültige Entscheidung für Hainburg schon gefallen sei?

#### Mit Amtshaftungsklagen

...in Millionenhöhe können die Bezirkshauptleute im Bereich von Altenwörth und Greifenstein rechnen, falls sich herausstellen sollte, daß die Grundwasserabsenkungen im Umkreis der beiden Kraftwerkle irreparabel sind.

#### Für die Katz

...sind die sündteuren Gutachten, die von der NÖ Naturschutzabteilung derzeit in Auftrag gegeben werden, meinte der Verfassungsrechtler Univ. Prof. Pernthaler: "Das NÖ Naturschutzgesetz ist völlig eindeutig—ein Kraftwerksbau im Landschaftsschutzgebiet ist nicht gestattet."

#### Ak-Präsident Hesoun

...ist für Menschen, die den Naturschutz ernst meinen, nicht mehr wählbar. Immer mehr Politiker verlieren in Bezug auf Naturschutz und Energiepolitik ihre Glaubwürdigkeit. Die Bildung einer Niederösterreichischen Bürgerliste ist im Gespräch.

#### Die Hainburg-Broschüre

...der "Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg" ist fertig. Wer sich umfassend über das pro & Contra zu diesem Projekt informieren will, muß sie gelesen haben. Erhältlich ist die Broschüre beim NÖ Naturschutzbund, Herrengasse 9, 1010 Wien, Tel. 63 57 11/3102 und bei allen anderen Mitgliedsorganisationen der "Aktionsgemeinschaft". (Schutzpreis öS 20,—)

#### Der Aktionsgemeinschaft "Rettet die Auen" haben sich bisher die folgenden Organisationen angeschlossen:

Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz Österreichischer Naturschutzbund (alle Landesgruppen) World Wildlife Fund Österreich, Schweiz, Deutschland, International

International Union for the Conservation of Nature (IUCN) Bürgerinitiative Hainburg

Bürgerinitiative Marchfeld zur Rettung der Auen

Bürgerinitiative AU-weh Fischamend

Bürgerinitiative Kamptal

Initiative Lebenswertes Tullnerfeld Österreichische Hochschülerschaft

Global 2000

Greenpeace

Österreichischer Kunstsenat

Alpenverein, Sektion N.Ö. Österreichische Naturschutzjugend (alle Landesgruppen)

Friends of the Earth Institut für Energie- und Umweltforschung Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner

Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke Arbeitsgemeinschaft Besser Leben

Zoologisch-Botanische Gesellschaft Arbeitskreis Umwelt/Akut

Arbeitskreis Umweltschutz/Akus-Wien

Energie wird aus neuen kalorischen Kraftwerken kommen. Das zeigt, daß vom teilweisen Ersatz fossiler Energieträger durch Wasserkraft zwar gerne geredet wird, in der Praxis aber weiterhin auch kalorische Kraftwerke gebaut werden.

Und noch immer werden kalorische Kraftwerke ohne Abwärmenutzung gebaut, wie das Kohlekraftwerk Dürnrohr, das mehr Energie in die Donau kühlen wird als Hainburg je würde liefern können. Ein "Durchlauferhitzer" für die Donau mit einer Leistung von 1 Mio. kW; Kostenpunkt: mehr als 1 Mia. S pro Jahr werden dabei sinnlos vertan.



Was aber wie ein Schildbürgerstreich anmutet, ist die Rentabilität des neuen Kraftwerkes: Denn die DoKW haben die elf Milliarden Schilling für den Bau nicht auf der Bank, also müssen Schulden gemacht werden. Allein die Zinsen betragen etwa eine Milliarde (= 1000 Millionen) Schilling pro Jahr. Die Erlöse für den jährlich erzeugten Strom (etwa 2000 Gigawattstunden) betragen aber bestenfalls 700 Millionen Schilling!

Wenn wir noch die Rückzahlungsraten und die Betriebskosten hinzurechnen, entsteht bereits im ersten Jahr ein Betriebsverlust von mindestens 800 Millionen Schilling. Dieser Verlust kann nur zum kleineren Teil durch den billigen Strom längst amortisierter Kraftwerke abgedeckt werden. Für den größeren Teil

müssen (!) wir alle via Strompreis unsere Geldbörsen öffnen - es sei denn, es ist jemand "Selbstversorger".

Wenn schon Schulden gemacht werden müssen, dann bitte doch nicht für sooo ein umstrittenes Kraftwerk wie Hainburg! Die elf Milliarden Schilling könnten wir doch auch in die Entwicklung, Produktion und Förderung energiesparender Technologien stecken.

Laut Prof. Karl Fantl, dem Leiter des Institutes für Energiewirtschaft, kann eine Entlastung von Energiekosten nur über weniger Energieeinsatz gehen: "nur 35% der in Österreich eingesetzten Energie werden in Nutzen verwandelt, 65% gehen meist in Form von Abwärme verloren..."

#### Weil der Bau rechtswidrig wäre

Es muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Trotz der Erklärung des Kraftwerkes zum bevorzugten Wasserbau und trotz des einstimmigen Beschlusses der Bundesregierung ist das Vorhaben rechtlich noch lange nicht "gelau-

Denn das geplante Kraftwerk liegt mitten im Landschaftsschutzgebiet. Und laut § 6 Abs 4 des NÖ. Naturschutzgesetzes ist von der Landesregierung "die Bewilligung (für Rodungen, Erdbewegungen. Bauten etc.) zu versagen,

- 1. das Landschaftsbild,
- 2. die Landschaft in ihrer Schönheit und Eigenart oder
- 3. der Erholungswert der Landschaft für die Bevölkerung und den Fremdenverkehr

dauernd und maßgeblich beeinträchtigt wird und nicht durch Vorschreibung von Vorkehrungen die Beeinträchtigung weitgehend ausgeschlossen werden kann."

Die naturschutzrechtliche Bewilligung geht also nur über die Leiche (= Aufhebung) der Verordnung, mit der die Donau-March-Thaya-Auen zum Landschaftsschutzgebiet erklärt wurden. "Eine solche

Aufhebung wäre jedoch im Sinne des NÖ. Naturschutzgesetzes völlig willkürlich und müßte vom Verfassungsgerichtshof wieder rückgängig gemacht werden." (Univ.-Prof. Dr. Peter Pernthaler, Institut für Öffentliches Recht der Universität Innsbruck).

Daß auch das "Bundesgesetz über den Verkauf der Lobau an Wien" vom 21.12.1937 schwer verletzt und das "Ramsar-Abkommen" über den Schutz von Feuchtgebieten mit internationalen Füßen getreten würde, soll nur am Rande erwähnt werden.

#### Was können wir tun?

Wir. das sind etwa 150.000 Menschen, die gegen Kraftwerksbau unterden schrieben haben, dürfen vor allem vor niemandem in die Knie gehen, der bestehende Gesetze und Verordnungen biegen, brechen oder gar abschaffen will.

Jeder Grundeigentümer, jeder Brunneninhaber, der seinen Besitz durch den Bau des Kraftwerkes gefährdet sieht, kann klagen. Die Amtshaftungsklage kann sogar von jedem österreichischen Staatsbürger eingebracht werden. Da bereits einige diesbezügliche Erfahrungen gesammelt werden konnten, ist es sinnvoll, im Ernstfall die Aktionsgemeinschaft "Rettet die Auen" anzurufen. Kontakt: Lasallestraße 42/14. Wien, (0222) 26 93 20.

Was aber jeder tun kann und auch tun sollte, ist das Schreiben von zuversichtlichen Briefen an die für die Einhaltung des NÖ. Naturschutzgesetzes verantwortlichen Spitzenpolitiker, das

Landeshauptmann Mag. Siegfried Ludwig Herrengasse 9 1010 Wien Landesrat

Dr. Ernest Brezovszky Herrengasse 11-13 1010 Wien

Naturschutzdirektor Prof. Dr. Harald Schweiger Herrengasse 11-13 1010 Wien

Bezirkshauptmann Mag. Rudolf Gruber Schönkirchnerstraße 1 2230 Gänserndorf

Bezirkshauptmann Hofrat Dr. Albert Hamböck Hauptplatz 16 2460 Bruck/Leitha

Bezirkshauptmann Hofrat Dr. Kurt Hürbe Alserbachstraße 41 1090 Wien

#### Und so könnte Ihr Brief lauten:

Sehr geehrter Herr...!

Das NÖ. Naturschutzgesetz verbietet jede Veränderung der Aulandschaft bei Hainburg. Aber nicht nur der Bau dieses riesigen Kraftwerkes, schon der Bau der bis zu 18 m hohen Dämme würde die Zerstörung der Auen bedeuten. Daher darf der Bau dieses Kraftwerkes nicht erlaubt werden, und zwar in keiner Variante! Das NÖ. Naturschutzgesetz ist wohl das beste Naturschutzgesetz in ganz Österreich und vorbildlich bis über die Grenzen unserer Republik hinaus. - Was aber nützen die besten Gesetze, wenn sie nicht eingehalten werden?

Mit Beunruhigung und mit Trauer beobachte ich seit Jahren, wie in Österreich immer mehr die Natur der Technik weichen muß. Daß das nicht immer nötig wäre, wissen Sie sicher genausogut wie ich.

Nun sollen auch noch die schönen, einzigartigen Donauauen bei Hainburg dem grauen Beton geopfert werden! Bitte, Herr ..., verhindern Sie die Zerstörung dieses wunderbaren Gebietes. Man soll doch noch lange sagen können: Hainburg, ein schönes Stück Niederösterreich! Bitte treten Sie für die Schaffung des Nationalparks "Donau-March-Auen" ein, der diese einmalige Stromlandschaft auf Dauer bewahren

Wenn Sie der Auffassung sind, daß im ORF über den Kraftwerksplan einseitig berichtet wird, dann rufen Sie bitte die Beschwerde-Nr. (82 36 71) an.

Wem auch das zu gefährlich scheint, der sollte zunächst einmal tief in die Tasche greifen und der "Aktionsgemeinschaft" eine saftige Spende zukommen lassen: PSK

7195.176

Als ich heute, am Samstag, den 12.2. 1984 um 7 Uhr morgens meinen gewohnten Weg durch die Leitha-Auen lief, war der Wald in so eigentümlicher Bewegung, wie ich es noch nie erlebt hatte. Ein schwarzes und ein rotes Eichkätzchen kreuzten geschäftig meinen Weg, unzählige Hasen raschelten immer wieder durch's Dickicht und insgesamt etwa 15 Rehe zeigten sich in meiner nächsten Nähe. Als wollten sie mir sagen: "Mach weiter so!"

## Leser aktiv Bürger initiativ



#### Vollmacht verschenkt

Am 27.2.1984 verschenkte der Fischamender Gemeinderat seine Vollmacht im Naturschutzverfahren für das Donaukraftwerk Hainburg an die DOKW! Während der Sitzung kam es zu mehreren Ordnungsrufen und einem flammenden Appell an die SPÖ-Frauenriege. Da die ÖVP ihren Fraktionszwang aufgehoben hatte, was von Seiten der Bürgerinitative sehr begrüßt wurde, wurde der Antrag immerhin mit zwei Gegenstimmen verabschiedet. Die bereits legendäre Parteidisziplin der Fischamender SPÖ hielt auch diesem äußerst wichtigen Thema für die Fischamender Zukunft stand. Es sollen abschließend auch die lakonischen Angriffe des Franktionsführers der SPÖ auf die Bürgerinitiative "AU-weh" nicht unerwähnt bleiben. Bewundernd blicken heute viele Fischamender ans nördliche Donauufer, wo die Gemeinde Orth den Antrag der DOKW mit gutem Grund abwies. R. E.

#### Ein paar Zeilen zum Nachdenken

Ich hoffe, der ORF verzeiht mir dieses Plagiat. Aber wir sollten wirklich nachdenken, was in den Hainburger Auwäldern geplant wird: millionenfachen Mord. Zuerst einmal werden Bäume gefällt, dann krachen Bagger und Scrapper und andere Baumaschinen durch "dös Dickicht an der Donau". Von Hainburg bis nach Wien hinaus. An beiden Ufern. Alles, was im Wege steht, wird niedergewalzt, zerquetscht, getötet. Schneeglöckchen, Maulwürfe, in die Enge getriebenes Hochwild, Füchse in kreischender Angst, Buschwindröschen. Fische werden noch Tage oder Stunden in abgetrennten Tümpeln qualvoll nach Sauerstoff schnappen. Übrig bleibt das, was wir nach einem Atomkrieg fürchten - eine tote Landschaft, aufgerissene Erde, Krater.

Utopisch anmutende Maschinen dröhnen dann dort herum, Beton wächst aus dem Boden - unsere neue Welt ist ein Stück größer geworden: asphaltierte Wege, abgezäunte Landschaft, mauern an begradigten Ufern, "Betreten verboten". Unsere Kinder werden in einer künstlichen Landschaft spielen, der Himmel wird von Hochspannungsleitungen verpackt sein.

Unsere Donau fließt dann nicht mehr. Vielmehr wird nach dem Willen der E-Wirtschaft Wasser abgelassen und rückgestaut. Daß wir den Strom gar nicht mehr brauchen, haben die Herrschaften schon öffentlich zugegeben. Denen geht es nur darum, an den Hebeln zu sitzen: Wasser abzulassen, Wasser stauen, Macht ausüben. Alles andere scheint Ihnen wurscht zu sein.

Dieses aufgestaute Wasser hat dann aber auch keine Selbstreinigungskraft mehr, die Donau wird "umkippen", sie wird eine Kloake werden. Das ist bereits wissenschaftlich bewiesen. Das Grundwasser, aus dem Wien einen Großteil seines Trinkwassers bezieht, wird iede Menge Krankheitserreger enthalten und man wird das Trinkwasser desinfizieren müssen. Mit anderen Giften.

Vielleicht werden unsere Kinder zu krank sein, um spielen zu können. Alles nach dem Willen der Kraftwerksbauer.

## BAD DEUTSCH-ALTENBURG

KURHOTEL LUDWIGSTORFF



Spezialitäten im Restaurant u. Stüberl Espresso

Terrassencafe Donaustüberl Tanzcafe

an der Donau Uferhaus

ganztägig warme Küche Täglich geöffnet!

Telefon 0 21 65 / 26 17, 23 31

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

H.S.

(Fortsetzung von Seite 1)

Bau auszuführen. Die Macht der Ständevertretungen beweist z. B. der folgende Bericht in der "Presse" vom 4/5.2.84 auf Seite 1:

"In der Bundesregierung scheinen die Würfel für den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg gefallen zu sein: Bundeskanzler Sinowatz erklärte gestern nach einem Gipfelgespräch mit Vertretern der Bauindustrie und der Bauarbeitergewerkschaft, es gehe nun darum, "administrative Hindernisse so rasch als möglich zu beseitigen und mit dem Bau zu beginnen". Hainburg stehe in der Regierungserklärung und sollte deshalb verwirklicht werden.

Diese "administrativen Hindernisse" sind immerhin geltende Gesetze und internationel völkerrechtliche Verpflichtungen Österreichs, die den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg nicht zulassen. Diese Tatsache ist im Rechtsgutachten von o. Univ. Prof. Dr-Peter Pernthaler und Univ.-Ass. Dr. Karl Weber einige Tage vor dem in der "Presse" gemeldeten Zusammentreffen öffentlich nachgewiesen worden.

Selbst wenn österreichische Gesetze nach den Wünschen der Ständevertretungen noch so verändert und ausgehölt werden sollten, dann bleibt doch der Kraftwerksbau völkerrechtlich weiterhin unzulässig. Nur ein internationaler Vertragsbruch Österreichs würde das Donaukraftwerk Hainburg ermöglichen! - EinStaat wie Österreich, der seine Freiheit einem "Staatsvertrag" einer internationalen Vereinbarung verdankt, sollte sich hüten, seine Vertragstreue in der Gemeinschaft der Völker infrage zu stelen. Mit der Unterzeichnung des "Übereinkommens über Feuchtgebiete (BGBI 1983/225, Ramsar-Abkommen)" und des "Überein-kommens über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (BGBI 1983/372, Berner-Abkommen)" ist Österreich diese internationalen Verpflichtungen

Das niederösterreichische Naturschutzgesetz und die damit verbundenen Rechtsvorschriften haben diese internationalen Abkommen für das Gebiet der "Donau-March-Auen" verpflichtend in unserer Rechtsordnung verankert. Nach dem Gesetzestext kann nur ein nachgewiesenes "dringendes nationales Interesse" bestimmten Umständen den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg rechtlich ermöglichen. Dieses "dringende nationale Interesse" konnte aber nicht nachgewiesen

#### Ständestaat 1984?

Kein Mensch kann die Wünsche der Ständevertretungen und der E-Wirtschaft, das Kraftwerk Hainburg zu bauen, ernsthaft als "dringendes nationales Interesse" bewerten. Im Gegenteil, das wichtigste nationale Anliegen in einer Demokratie muß es sein, daß internationale Verträge und die Gesetze des Staates ausnahmslos eingehalten werden. Wenn also das "Recht" den Ansprüchen gewisser Interessensgruppen als "administratives Hindernis" entgegensteht, darf es dennoch weder gebeugt, geändert oder gebrochen werden. Hier ist kein Platz für Kompromisse!

Daraus folgert, daß diese öffentlichen Auseinandersetzung um das Donaukraftwerk Hainburg nicht allein eine Frage des Naturund Umweltschutzes ist, sondern auch eine Auseinandersetzung um das unbeirrte Festhalten an den Werten unserer rechtsstaatlichen Demokratie. Diese darf um keinen Preis zum Tragesel irgendwelcher Machtansprüche, egal von welcher Seite, werden!

Gerade heute, da man sich nachdrücklich der Februar-Geschehnisse des Jahres '34 erinnert, als vorgenau 50 Jahren mit willkürlichen Rechtsanwendungen die rechtsstaatliche Demokratie beseitigt und durch eine Ständediktatur ersetzt worden war, sollten wir uns mit aller Deutlichkeit bewußt machen, daß dies nur möglich war, weil damals die Bürger vor "Willkür und Macht" resigniert haben!-

Die Natur hat keine "Ständevertretung" sondern Menschen, die ihre kulturelle und gesellschaftspolitische Bedeutung erkannt haben und sie daher mit Gesetzen vor den Zugriffen macht- und wirtschaftspolitischer Begehrlichkeiten schützen. Diesen Schutz genießen heute die "Donau-March-Auen".

Soll unser Rechtsstaat nicht in's Wanken geraten, muß dieser mehrfach rechtlich abgesicherte Schutz auch weiterhin aufrecht bleiben.

Wassersorgen

"Hainburg wird gebaut" resignieren in letzter Zeit immer mehr der ursprünglich widerspenstigen Bürgermeister, doch die Sorge um das Grundwasser bleibt. Denn die schlechten Erfahrungen "früherer" Donaugemeinden, wie Altenwörth und Greifenstein sprechen Bände.

Daß auch die Wasserqualität im Stauraum des Kraftwerkes noch schlechter werden soll, als sie ohnehin schon ist, bedenkt kaum jemand. Auch die Heilquellen von Deutsch Altenburg sind den nicht betroffenen Bürgermeistern egal.



Landeshauptmann-Stelly, Erwin Pröll hingegen erhebt schon lange alle drei Forderungen:

- die Grundwassersituation darf sich nicht verschlechtern,
- die Wasserqualität im Stauraum muß annähernd gleich bleiben.
- die Quellen von Bad Deutsch Altenburg dürfen nicht beeinträchtigt werden.

"Es muß gesichert sein, daß der Stau nicht zu einer Kloake wird!" (was zweifellos passieren würde, wenn die Abwässer unzureichend geklärt in die Donau fließen, Anm. d. Red.)

Pröll hat übrigens als einer der ersten die fragwürdige Erklärung des Kraftwerks zum "bevorzugten Wasserbau" beeinspurcht, wurde aber der Rechtslage entsprechend nur "angehört".

### **Terminkalender**

Samstag, 24. März - Treffpunkt Groß-Enzersdorf, Endstelle Bus 26A um 14 Uhr. Erreichbar ab U1 Kagran mit Bus 26A in 30

Wanderung quer durch dle Lobau - im Vorfrühling

Von Groß-Enzersdorf entlang der im Krieg entstandenen Teilstücke des geplanten Donau-Oder-Kanals zum Ölhafen. Von hier aus Möglichkeit zur Rückfahrt mit Bus bis zur U-Bahn. Für ausdauernde Wanderer Rückweg nach Groß-Enzersdorf.

Führung: HL Lilli Schwindshackl

Sonntag, 20. Mai - Treffpunkt 10 Uhr am Donaukanal-Radweg bei der Urania bzw. 11 bei der Steinspornbrücke am Hubertusdamm

Radfahrt nach Hainburg

Am Radweg von der Urania — Praterstraße Prater Hauptallee – Praterbrücke –
Hubertusdamm (Marchfelddamm) – Stopfenreuth — Bad Deutsch-Altenburg -Hainburg. Kontakt: Österreichischer Naturschutzbund:

Landesgruppe Niederösterreich, 1014 Wien I, Herrengasse 9 (NÖ. Landesmuseum). Tel.:

63 57 11/31 02 Durchwahl

#### Je mehr Kraftwerke, desto höher der Strompreis

Es sind so viele Wasser- und kalorische Kraftwerke in Bau und unstrittige in Planung, daß die Versorgung in alle absehbare Zukunft gesichert ist.

Die Stromerzeugung aus Wasserkraft ist saisonbedingt zum Verbrauch gegenläufig: im Winterhalbjahr, wenn ca. 55% des Jahresstromverbrauches auftreten, haben die Wasserkraftwerke nur ca. 40% ihres Produktionsvermögens; im Sommerhalbjahr, wenn ca. 45% des Jahresstromverbrauches auftreten, haben die Wasserkraftwerke ca. 60% ihres Produktionsvermögens.

Im Sommerhalbjahr 1983 betrug der Verbrauch der öffentlichen Stromversorgung (ohne Pumpstrom) 14.758 GWh (um 257 GWh mehr als 1982); der Export/Importüberschuß aus Wasserkraft durchschnittlich ca. 4.400 GWh, das sind 30% des Verbrauchs. Dieser Überschuß erhöht sich durch die bis 1987 fertiggestellten Wasserkfraftwerke um 2.200 GWh auf 6.600 GWh bzw. 45% und würde sich mit HAINBURG bis 1987 sogar um weitere 1.200 GWh auf 7.800 GWh oder 53% des Stromverbrauchs im Sommerhalbjahr 1983 erhöhen! Da der Inlandsstromverbrauch wesentlich langsamer steigen wird als der produzierte Stromüberschuß, müssen die wachsenden Überschußmengen exportiert und teilweise getauscht werden. Die Erlöse pro KWh im Exportgeschäft betragen aber nur einen Bruchteil des Inlandspreises. Der Tausch von Sommer- gegen Winterstrom ist ein noch viel größeres Verlustgeschäft. Im Winterhalbjahr betrug der Verbrauch 1981/82 17.915 GWh (mit immer noch 840 GWh Export/Importüberschuß), der Verbrauch sank (!) 1982/83 auf 17.501 GWh. 1986/87 steht allein aus den zur Zeit in Bau befindlichen Wasserkraftwerken sowie den langfristig abgeschlossenen Import- und Tauschverträgen mit 3.400 GWh um 19% mehr Strom zur Verfügung. Mit Hainburg würden mit weiteren 800 GWh insgesamt 4.200 GWh oder 23% des Stromverbrauches 1981/82 mehr zur Verfügung stehen, ohne daß auch nur ein einziges kalorisches Kraftwerk mehr laufen müßte als im Winter

Mit Voitsberg III und den weiteren in Bau befindlichen Kohlekraftwerken (Dürnrohr, Mellach, Riedersbach 2) stehen 1986/87 um 1.470 MW Engpaßleistung mehr als im Winter 1981/82 zur Verfügung. Es würden nach Abzug der Produktion von 4 oder 6 zur Stillegung oder für die "stehende Rerserve" vorgesehenen alten Kraftwerke weitere ca.5.000 GWh mehr erzeugt werden

Es würden somit im Winter 1986/87, also bereits in 3 Jahren, ohne Hainburg ca. 8.400 GWh oder 47 % mehr Kapazität zur Verfügung stehen als beim bisher höchsten Winterverbrauch 1981/82!

Dieser Produktionsschub wird sicher so weit über dem Verbrauchszuwachs liegen, daß durch die neu geschaffenen Produktionskapazitäten eine wesentlich geringere Auslastung aller anderen Kraftwerke und somit eine beträchtliche Kostenerhöhung je produzierter KWh entstehen muß. Entsprechend kräftige Preiserhöhungen werden die Folge sein ... "Betriebswirtschaftlich gerechnet müßte 1984 die Strompreiserhöhung 20 bis 25% betragen" (Verbundgeneral Walter Fremuth). Der tatsächliche Preisantrag beläuft sich aber "nur" auf 12%.

RESOLUTION

## zum geplanten Kraftwerk Hainburg

Wir fordern die Regierung auf, jegliche Kraftwerksvorhaben im der Donau-Auen, das durch internationale Übereinkommen und das Niederösterreichische Naturschutzgesetz geschützt ist, zu unterbinden und Schritte zu unternehmen, um diese unersetzlichen Auwälder durch die Schaffung eines Nationalparks Donau-March-Thaya-Auen für die Zukunft zu erhalten.

Das Kraftwerk Hainburg ist für die Energieversorgung Osterreichs nicht notwendig. Die für den Kraftwerksbau vorgesehenen Geldmittel würden, investiert in Technologien der besseren Energienutzung, ungleich mehr Arbeitsplätze auf Dauer sichern.

Diese Resolution wurde bereits unterzeichnet von:

Univ. Prof. Dr. E. WOESS Univ. Prof. Dr. Karl BURIAN Univ. Prof. Dr. Gustav WENDELBERGER Dr. Elfrune WENDELBERGER (Konrad-Lorenz-Preisträgerin 1980) Univ. Prof. Dr. Alexander TOLLMANN Univ. Prof. Dr. Rupert RIEDL Univ. Doz. Dr. Edith KRISTAN-TOLLMANN Univ. Prof. Dr. Helmut PICHLER Univ. Doz. Dr. Ignaz VERGEINER Univ. Prof. Dr. Franz WOLKINGER Robert JUNGK, Journalist Heinz HOLECEK, Kammersänger Hilde KRAHL, Schauspielerin Prof. Arik BRAUER Gundula JANOWITZ, Kammersängerin

Ludwig MUSIL, 1. Solotänzer Staatsoper

Maria Luise FISCHER-KARWIN, Solotänzerin Staatsoper Wien Ludmilla PETROWA, Leiterin Ballettschule Staatsoper Wien Susanne KIRNBAUER-BUNDY, 1. Solotänzerin Staatsoper Wien Michael BIRKMEYER, 1. Solotänzer Staats-Univ. Prof. Dr. med. F. X. WOHLZOGEN Univ. Prof. Dr. Erwin RINGEL Medizinalrat Dr. Richard KREPP Kammersängerin Wilma LIPP Gottfried HORNIK, Staatsopernsänger Gottfreid KUMPF, Maler Vera RUSSWURM (ORF) Franz MORAK, Burgschauspieler Erika PLUHAR, Burgschauspielerin Univ. Doz. Dr. Manfred FISCHER Roland WIEDERKEHR, Präsident WWF-Schweiz

und viele andere mehr

"Besser Leben" ist die österreichische Zeitschrift für ein natürliches, umweltbewußteres, anderes Leben. Das Jahres-Abo für 1984 kostet nur S 120,—. Wir schicken Ihnen gerne zum Kennenlernen unser aktuelles Hauptheft zu. Kontakt: Mariahilfer Straße 75, 1060 Wien, Tel. 57 76 20.

Die Mitwirkenden:

Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Halnburg

Lassallestraße 42 1020 Wien Tel.: (0222) 26 93 20

Aktionsgemeinschaft "Nationalpark Ost"

Mariahilfer Straße 75 1060 Wien Tel.: (0222) 57 76 20

Bürgerinitiative

Heimstättesiedlung 4/2/47 2401 Fischamend Tel.: (02232) 521

Bürgerinitiative Halnburg

Feldgasse 46 2405 Bad Deutsch Altenburg Tel.: (02165) 34 795

Bürgerinitiative Marchfeld zur Rettung der Auen

2304 Mannsdorf 77 Tel.: (02212) 283

Bürgerinitlative Rettet das Kamptal

Fr. Hochedlingerstraße 29/19 1020 Wien Tel.: (0222) 35 21 41

Herausgeber, Redaktion & Verleger:

Arge Besser Leben, Johann Strauß Str. 1, 2485 Wampersdorf, (02623) 29 435 = Verlagsort; Druck: rema-print, Langegasse 42, 1080 Wien = Herstellort.